



8.2.25 16.00 Uhr, Marktplatz Reutlingen
 Kundgebung „Wir stehen auf! Wir sind die Brandmauer!“
 Redebeitrag Andreas Linder, move on menschen.rechte
 Tübingen e.V. / Beratungsstelle Plan.B,
info@menschen-rechte-tue.org, info@planb.social

Hallo alle miteinander,

Ich bedanke mich herzlich für die Einladung und dass ich hier sprechen darf. Ich bin seit über 30 Jahren in der praktischen Flüchtlingshilfe tätig, auch ein paar Jahre lang hier in Reutlingen, und ich habe heute hier schon ein paar Leute getroffen, bei denen das auch so ist oder noch länger - und für mich und uns ist wirklich unerträglich, was aktuell wieder in der sogenannten großen Politik passiert. Wir leben mal wieder in finsternen Zeiten.

Es tut gut, dass ein Teil unserer Bevölkerung wieder aufgewacht ist und landauf landab und auch wie hier in

Reutlingen gegen den Rechtsruck auf die Straße geht. Die Wahrheit ist aber, dass wir zur Zeit eine Minderheit sind. Der neueste ARD Deutschland Trend sagt uns, dass zwei Drittel aller Deutschen mit dem Kurs der CDU/CSU von Friedrich Merz inhaltlich einverstanden sind. Davon haben gerade mal 23 Prozent gewisse Zweifel, weil dafür die Stimmen der AfD in Kauf genommen wurden. Was können wir aus dieser Stimmungslage lernen? Aus meiner Sicht dieses: Der Rechtsruck in dieser Gesellschaft ist so massiv wie noch nie. Damit in diesem Land nicht schon bald sehr üble Dinge passieren müssen wir so entschlossen und so geschlossen wie noch nie dagehenhalten.

Warum genau gibt es diese aktuelle Stimmungslage in Deutschland? Liegt es wirklich daran, dass zu viele Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind und dass es in der vergangenen Zeit zu einigen tragischen Straftaten von einzelnen psychisch kranken Personen mit Fluchthintergrund gekommen ist? Ich ziehe das in Zweifel, denn diese Stimmungslage ist von langer Hand so gemacht. Die gesamte Führungsriege der CDU/CSU, das sind ja alles Männer, hat in den letzten drei Jahren, seit etwa kurz nach Beginn des Ukraine-Kriegs was gemacht? Sie haben das Feindbild Flüchtling aufgebaut. Sie haben behauptet, dass Deutschland mit der Aufnahme von Geflüchteten überlastet und überfordert sei. Sie haben diese Geschichte zum Beispiel über ihre Lobbyverbände Beispiel Städtetag und Landkreistag, in denen viele stramm Konservative sitzen, in die Kommunen rein gepusht und die Männerriege sitzt in jeder Talkshow. Zwei Jahre später glaubt es fast niemand mehr, wenn aus der Wissenschaft Erkenntnisse kommen, die sagen, dass die Situation in den meisten Kommunen zwar angespannt, aber immer noch zu bewältigen ist. Damit das Feindbild Flüchtling zieht, haben sie vor allem jede tragische Straftat einer Person mit Fluchthintergrund für diesen Kurs instrumentalisiert. Haben Sie gleichzeitig bei jedem Mord an einer Frau durch irgendeinen Mann in derselben Weise auf den Putz gehauen?

Die CDU/CSU hat es leider erfolgreich geschafft, die öffentliche Aufmerksamkeit von Themen wie Klimaschutz und wichtigen sozialen Themen wie Wohnungsbau, Bildung, Generationengerechtigkeit und so weiter wegzulenken. Redet in diesem Wahlkampf noch jemand über den Klimaschutz? Bei der CDU/CSU dominierte also schon vor 3 Jahren die Einschätzung, dass man die regierende Ampelkoalition mit dem Thema Flüchtlinge am Besten vor sich hertreiben kann und dass mit einer rassistischen Kampagne immer noch am

Wahrscheinlichsten Wahlen gewonnen werden können. Und „Magdeburg“ und „Aschaffenburg“ kam ihnen jetzt wie bestellt um diese Kampagne eskalieren zu lassen.

Das besonders Schlimme daran ist, dass dafür ganz aktuell aus wahltaktischen Gründen die Brandmauer zur AfD eingerissen wurde. Mir ist dabei ehrlich gesagt egal, ob die dabei noch vorgetragene Distanzierung zur AfD geheuchelt ist oder nicht. Die Positionen, die die CDU/CSU vertritt, wären auch nicht besser, wenn die AfD dagegen gestimmt hätte. Denn diese Partei, die sich christlich nennt, hat mit ihren Vorschlägen der letzten Woche endgültig das Fass des staatlichen Rassismus überlaufen lassen. Ich will aber jetzt mal etwas sachlicher auf die konkreten Vorhaben der CDU eingehen, das war auch die Anfrage für diese Rede.

Was genau will also die CDU/CSU und zwar so sehr, dass sie dafür die sogenannte Brandmauer fallenlässt und wobei stimmen angeblich zwei Drittel der Deutschen zu und was haben wir dagegen einzuwenden?

Die CDU/CSU will dauerhafte Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen. Das ist a) praktisch nicht umsetzbar und b) ein Verstoß gegen den Schengener Grenzkodex, der derartiges Vorgehen nur in absoluten Ausnahmefällen und als letzte Handlungsoption vorsieht, zum Beispiel bei konkreten Gefahren. Die Inanspruchnahme eines Menschenrechts ist aber keine Gefahrenlage. Also sind die anvisierten Grenzkontrollen europarechtswidrig.

Die CDU/CSU will Zurückweisungen an deutschen Binnengrenzen. Vom ersten Tag des Amtsantritts an will Merz einen faktischen Einreisestopp erlassen und schutzsuchende Menschen an den deutschen Grenzen zurückweisen. Das sind sogenannte Pushbacks. Es wird ja nur noch von illegaler Migration gesprochen. Wenn aber ein Flüchtling an einer Grenze einen Asylantrag stellt, ist das nicht illegal. Aber Pushbacks sind illegal. Sie verstoßen gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. Dieses Vorhaben bedeutet nichts anderes als dass die Axt an das Menschenrecht auf Asyl gelegt werden soll.

Die CDU/CSU will alle Personen, die als "vollziehbar ausreisepflichtig" gelten, inhaftieren. Das ist ein wahnsinniger Plan, der dazu führen würde, dass tausende Menschen gejagt und eingesperrt werden würden. Es sollen also teure neue Gefängnisse gebaut werden. Die Umsetzung dieses Vorhabens würde das Ende der meisten Bleiberechtsregelungen bedeuten und vor allem Menschen treffen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die aber ansonsten gut integriert sind. Eine Inhaftierung von Menschen, die keine Straftaten begangen haben, allein zum Zweck der Repression wird dem deutschen Grundgesetz nicht standhalten. Von daher ist auch dieser Vorschlag vor allem Kraftmeierei und nicht realitätstauglich.

Die CDU/CSU will, dass die Bundespolizei ausreisepflichtige Personen verhaften darf. Hierzu kann man sagen: Haftanträge sind rechtlich die Sache von Staatsanwaltschaft und Gerichten. Diese Form der Gewaltenteilung ist eine Lehre aus dem Nationalsozialismus und die Frage ist, was die CDU/CSU reitet, diesen Grundsatz über Bord werfen zu wollen.

Die CDU/CSU will im Rahmen des sogenannten Zustrom-begrenzungsgesetzes, das ja zum Glück letzten Freitag erstmal mehrheitlich abgelehnt wurde, die Möglichkeit des Familiennachzugs für Personen mit subsidiärem Schutz völlig abschaffen. Der subsidiäre Schutz ist ein internationaler Schutzstatus und als hochwertig anzusehen. Er schützt Menschen, die vor Kriegen fliehen mussten oder denen Folter oder Todesstrafe drohen. Abgesehen von der Frage, wie christlich es ist, Familien nicht zusammen kommen zu lassen, verstößt dieser Vorschlag gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (Artikel 8), gegen die UNO-Kinderrechtskonvention (Artikel 10) und auch gegen das Grundgesetz (Artikel 6: Schutz von Ehe und Familie, sowie Artikel 1: Menschenwürde).

Ich fasse zusammen: Die CDU/CSU hat mit den Vorschlägen aus ihrem 5-Punkte-Plan endgültig den Boden der Verfassung verlassen. Diese Vorschläge sind populistisch, europafeindlich, rechtswidrig und sie gefährden den sozialen Frieden in unserem Land. Die betriebene

Stimmungsmache hat massiven Schaden angerichtet, indem die Mehrheitsbevölkerung gegen schutzbedürftige Menschen aufgehetzt wurde und diesen Menschen die Solidarität komplett entzogen wird. Dieser Wahnsinn darf nicht Gesetz und praktische Politik werden!

Wir brauchen eine Neubesinnung in der Flüchtlingspolitik anstatt dass sich andere da noch weiter hineinziehen lassen, Stichwort Robert Habeck.

- Wir brauchen wieder eine Flüchtlingspolitik mit Herz und Verstand und einer klaren Orientierung an den Menschenrechten.

- Wir brauchen eine Politik, die Vorschläge bringt, wie die Ursachen von Flucht reduziert werden können. Wir brauchen eine gute Menschenrechtspolitik, eine gute Politik zur Vermeidung und Beendigung von Kriegen UND eine gute Klimaschutzpolitik, eine gute Ausstattung der UNO-Institutionen und so weiter, denn nur dies alles kann nachhaltig dazu führen, dass weniger Menschen fliehen müssen. Solange das aber nicht so ist, muss das Asylrecht geschützt werden und darf es nicht zu einer totalen Abschottungspolitik kommen.

- Wir brauchen eine Politik, die die soziale Infrastruktur und die soziale Daseinsvorsorge in Deutschland stärkt. Am Wohnraummangel und an fehlenden Kita-Plätzen sind nicht die Flüchtlinge schuld. Wir brauchen eine Wohnraumoffensive, die allen Bedürftigen und also auch den hierher Geflüchteten, den nötigen bezahlbaren Wohnraum bietet. Wir brauchen eine Stärkung der sozialen Arbeit und der psychosozialen Hilfen für Geflüchtete und andere Menschen. Wir brauchen Strukturen und Menschen, die Geflüchteten zugewandt sind und sie im Integrationsprozess begleiten. Wir brauchen fachkundige Beratung für Aufenthalt und Bleiberecht. Und all das muss gut finanziert werden.

Die Probleme, die es aufgrund der Präsenz von Geflüchteten im Land gibt und weiterhin geben kann, müssen zugewandt, pragmatisch und lösungsortiert angegangen werden. Dazu brauchen wir weiter die notwendige Solidarität mit Menschen, die Schutz brauchen und keine Entrechtungen und großmäulige Law and Order Politik. Auf staatlichen Rassismus folgt meistens eine Welle von rechtsextremer Gewalt und das darf nicht schon wieder passieren.

Deswegen Leute: Wählt keine Parteien, die gegen Flüchtlinge hetzen und die das Asylrecht abschaffen oder nach Ruanda abschieben wollen. Die Rechnung von Friedrich Merz darf nicht aufgehen!

Setzt euch ein für das Asylrecht, für soziale Solidarität, für gute Integration, für das Bleiberecht – überall, wo ihr seid und wie ihr das tun könnt. Und sagt es laut und sagt es klar: Flüchtlinge sind willkommen!

Say it loud say it clear refugees are welcome here! Dankeschön.